



Newsletter *Arbeit, Wirtschaft und Häfen*, Ausgabe 2, 24.09.2009

Bremen mit neuem Vergabegesetz Vorreiter in Sachen Tariftreue, Mindestlohn, soziale Standards und faire Beschaffung

Sonntagsöffnung: 4+2-Modell für Bibliothek beschlossen

Hochschulgesetz sieht mehr Frauenförderung vor

Datenschutz-Missstände bei BAglS dauerhaft beseitigen

Mehr Frauen in technologieorientierte Berufen

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe informieren wir Sie u.a. über das neue Bremer Vergabegesetz, mit dem Bremen nicht nur Mindestlöhne einfordert, sondern auch seinen Teil zur Durchsetzung des fairen Handels durchsetzen kann. Für eine bessere Förderung von Frauen in der Wissenschaft sorgt indes das neue Hochschulgesetz. Und auch die Sonntagsöffnung von Bibliotheken ist uns ein Anliegen, damit auch berufstätige Eltern diese wichtige Bildungs- und Kultureinrichtung gemeinsam mit ihren Kindern nutzen können.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Klaus Möhle, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Bremen mit neuem Vergabegesetz Vorreiter in Sachen Tariftreue, Mindestlohn, soziale Standards und faire Beschaffung

Bei wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge künftig soziale Kriterien den Ausschlag geben. "Das neue Gesetz ist gut für alle Betriebe, die ausbilden, sich für eine berufliche Gleichstellung von Frauen engagieren oder Schwerbehinderte beschäftigen. Die rot-grüne Koalition zeigt damit, dass wir es ernst meinen mit der Durchsetzung von Mindestlöhnen, Tariftreue sowie sozialen und ökologischen Standards", erklären dazu die beiden

Fraktionsvorsitzenden Dr. Carsten Sieling (SPD) und Dr. Matthias Güldner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

"Dieses Gesetz wird Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen im Land Bremen verhindern. Künftig dürfen Aufträge nur noch vergeben werden, wenn sich die Auftragnehmer verpflichten, ihren Beschäftigten Tariflöhne, im Entsendegesetz festgelegte Entgelte oder, wenn beides nicht greift, einen Mindestlohn von 7,50 Euro brutto zu zahlen. Dadurch wird sich die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor, z.B. bei Bewachungsfirmen, verbessern", erklärt der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Carsten Sieling.

Die Neuregelung des Tariftreue- und Vergabegesetzes ist voll vereinbar mit den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH): Bei Bauleistungen verlangt das Gesetz Beachtung der im Arbeitnehmer-Entsendegesetz festgeschriebenen Tarifverträge, ÖPNV-Dienstleistungen sind von der Vergabe-Rechtsprechung des EuGH nicht betroffen. Bei anderen Dienstleistungsaufträgen, die in der Regel nicht europaweit ausgeschrieben werden, gilt der Mindestlohn.

Bremen soll nach dem Willen der Koalition zudem nur noch Waren beziehen, bei deren Herstellung die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beachtet wurden. Dazu erklärt Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender der Grünen: "Kinder gehören auf die Schulbank und nicht an die Werkbank. Wir wollen das öffentliche Auftragsvolumen nutzen, um unseren Teil zur Durchsetzung des fairen Handels beizutragen. Wir wollen keine Pflastersteine, für die Kinder unter katastrophalen Bedingungen in Steinbrüchen schuftet müssen."

Nicht zuletzt soll der Hebel des öffentlichen Auftragsvolumens angesetzt werden, um umweltschonende Standards durchzusetzen. Matthias Güldner: "Vom nachhaltigen Wirtschaften profitieren Umwelt und Mensch. Die öffentliche Hand muss mit ihrem Konsumverhalten ein positives Beispiel für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger geben."

Bremen könnte beispielsweise Schultische von jenen Herstellern beziehen, die ihr Holz aus nachweislich nachhaltiger Forstwirtschaft beziehen und somit keinen Raubbau betreiben. Die Liste des Möglichen ist lang -- von Computern bis zu Dienstfahrzeugen. Umweltfreundliche Produkte sind zwar meist etwas teurer in der Anschaffung, weisen aber z.B. durch einen sparsameren Energieverbrauch geringere Folgekosten auf. Womöglich höhere Preise werden zudem durch die Zentralisierung des Beschaffungswesens und damit einhergehende Spareffekte aufgefangen. Denn die Umstellung auf den zentralen Einkauf ermöglicht durch höhere Bestellmengen bessere Preis-Konditionen.

Das neue Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Sonntagsöffnung: 4+2-Modell für Bibliothek beschlossen

Die Bremer Stadtbibliothek kann pro Jahr an vier verkaufsoffenen Sonntagen und an zwei Sonntagen aus besonderem Anlass in den Stadtteilen öffnen. Das hat die Kulturdeputation beschlossen. Dazu erklärt Karin Krusche, kulturpolitische Sprecherin der Grünen: "Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das kommt gerade Eltern mit ihren Kindern entgegen, die sonntags für einen Bibliotheksbesuch Zeit haben. Gerade diese Zielgruppe wünscht sich die Sonntagsöffnung, wie Umfragen der Stadtbibliothek gezeigt haben. Mit der Sonntagsöffnung wollen wir auch jene Menschen erreichen, die diese wichtige Kultureinrichtung werktags aufgrund ihrer Arbeitszeiten kaum nutzen können. Neben den Schulen ist die öffentliche Bibliothek ein entscheidender Bildungsort, dessen Nutzung allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein muss."

Eine generelle Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek ist aufgrund des Bundesarbeitszeitgesetzes derzeit nicht möglich. Allerdings bringt Hamburg eine Bundesratsinitiative auf den Weg, um die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken zu ermöglichen. Dafür haben sich inzwischen auch der Rat der Evangelischen Kirche, der Deutsche Kulturrat, die Kultusministerkonferenz und der Deutsche Städtetag ausgesprochen.

"Wir Grüne würden es begrüßen, wenn es zu Lockerungen bei den Sonntagsöffnungen öffentlicher Bibliotheken käme. Das wäre aus unserer Sicht ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger", so Karin Krusche.

Hochschulgesetz sieht mehr Frauenförderung vor

Die Bremischen Hochschulen sollen künftig zu 40 Prozent Frauen auf wissenschaftliche Positionen berufen. Diese Zielvorgabe sieht die Novelle des Hochschulgesetzes vor, mit der sich heute der Wissenschaftsausschuss befasst hat. Dazu erklärt Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen: "Von Chancengleichheit kann im Wissenschaftsbetrieb noch immer keine Rede sein. Zwar schneidet zumindest die Uni Bremen im bundesweiten Vergleich mit einem Frauenanteil von 26 Prozent sehr gut ab. Aber im europäischen Vergleich hinken wir deutlich hinterher. Gerade in den Natur- und Ingenieurwissenschaften gibt es erheblichen Nachholbedarf. Wenn es in diesem Schneckentempo weitergeht, haben wir die Chancengleichheit nicht vor Ende des 21. Jahrhunderts. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz um die besten Köpfe müssen die Hochschulen das Potenzial von Frauen mehr nutzen und ihren Anteil gezielt steigern. Dafür setzen wir Grünen uns schon seit Jahren ein."

Damit mehr Frauen bei gleicher Qualifikation in den Berufungsverfahren zum Zuge kommen, wird für die Berufungskommission eine Quotenregelung festgelegt. Frauen sollen in diesem wie auch in anderen Hochschulgremien mit 40 Prozent vertreten sein. Außerdem erhält die Frauenbeauftragte ein Sondervotum. Sie soll künftig auch an allen Rektoratsentscheidungen beteiligt werden.

Neben der verbesserten Frauenförderung erleichtert die Gesetzesnovelle auch das Studium ohne Abitur. Mit dem Meistertitel ist fortan die allgemeine Hochschulreife

verbunden. Wer zusammen fünf Jahre Ausbildung und Berufserfahrung vorweisen kann, erhält nach einer Eingangsprüfung indes die fachgebundene Hochschulreife. Das Studium ohne Abi muss in Bremen aufgrund der flexibilisierten Arbeitswelt keinen direkten Bezug zum bisherigen Beruf haben. "Angesichts des absehbaren Fachkräftemangels kann es sich Bremen nicht leisten, auf qualifizierten Nachwuchs zu verzichten. Um Begabungen besser zu nutzen, erleichtern wir das Studium ohne Abitur. Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem trägt dazu bei, im Wettbewerb besser zu bestehen", betont Silvia Schön.

Datenschutz-Missstände bei BAglS dauerhaft beseitigen

"Die BAglS muss sich mehr um den Sozialdatenschutz bemühen. Immerhin wird der Datenschutz in der BAglS jetzt auf Initiative der Grünen endlich ernster genommen. Wir werden genau beobachten, wie die BAglS die Vielzahl bisheriger Datenschutzverstöße konkret abstellt. Auf Hilfe angewiesene Menschen dürfen nicht dazu gezwungen sein, ihre Persönlichkeitsrechte aufzugeben", kommentiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen.

Die Liste der zu behebenden Datenschutz-Missstände in der BAglS ist lang: Sie reicht von der lückenlosen Einsichtnahme in Kontoauszüge über die unzulässige Androhung von Sanktionen beim Nichtentbinden von Schweigepflichten bis zur mangelnden Vertraulichkeit der Beratungsgespräche. Die BAglS hat laut Senatsantwort zugesichert, diese Missachtung des Datenschutzes zu beenden. Aus Sicht der Grünen sollten aber auch die privaten Sicherheitskräfte aus dem Eingangsbereich abgezogen werden. "Das Sicherheitspersonal kann die Beratungsgespräche mithören und die Sozialdaten auf dem Bildschirm einsehen. Das verstößt unseres Erachtens gegen den Datenschutz. Die Sicherheitsleute sollten nur hinzu gerufen werden, wenn sich Probleme abzeichnen", betont Silvia Schön. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen spricht sich außerdem dafür aus, dass die BAglS ein Qualitätsmanagement für den Datenschutz einführt.

Ein Teil der Datenschutz-Probleme in der BAglS liegt auch an der hohen Fluktuation von MitarbeiterInnen, wie aus der Senatsantwort hervorgeht. Viele bewerben sich weg, weil die Zukunft der BAglS ungewiss ist. Um die bisherigen Hilfen aus einer Hand beizubehalten, müsste die Verfassung geändert werden. Das ist aber an der Bundes-CDU gescheitert. "Die CDU betreibt Machtpolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen. Wird die Arbeitsverwaltung von BAglS in Bremen und ARGE Jobcenter in Bremerhaven zerschlagen, müssten allein im Land Bremen rund 100.000 Menschen wieder zu zwei Ämtern gehen und erhielten zwei Bescheide. Das ist in der Wirtschaftskrise fatal. Die Menschen brauchen schnelle Hilfe und Sicherheit", so Silvia Schön.

Hier geht es zur Kleinen Anfrage: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/295/295515.kleine_anfrage_datenschutz_in_der_baagls.pdf

Mehr Frauen in technologieorientierte Berufen

Immer mehr Frauen im Land Bremen qualifizieren sich für technologieorientierte Berufe. Das zeigt eine Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der Grünen. "Die Bremer Fachkräfteinitiative beginnt zu wirken, bis zu 15 Prozent beträgt nun der Anteil an Frauen, die an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen in technologieorientierten Bereichen teilnehmen. Das ist zwar immer noch wenig, aber vor kurzem war es nur 1 Prozent", so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Silvia Schön.

Das Landesprogramm "Bremer Fachkräfteinitiative" konnte bisher zwar eine Frauenquote von insgesamt 57 Prozent vorweisen, allerdings verteilten sich Frauen und Männer auch hier nach dem klassischen Schema: fast 80 Prozent Frauenanteil in der Altenpflege und der Erziehung, aber nur ein Prozent im technologischen Bereich. "Wir begrüßen, dass der Senat auf unser Drängen hin noch einmal nachgesteuert hat, um den tatsächlichen Frauenanteil in männerdominierten Branchen auf 15 Prozent zu erhöhen. Damit helfen wir, dem zukünftigen Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Gleichzeitig gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf", betonte Silvia Schön.

Das vom Senat im September 2007 aufgelegte Programm "Bremer Fachkräfteinitiative" richtet sich unter anderem an Frauen, denen durch gezielte Qualifizierung die Möglichkeit gegeben werden soll, auch in bisher von Männern dominierten, technologieorientierten Bereichen Fuß zu fassen. Es zielt auch darauf ab, dem anhaltenden Fachkräftemangel in informations- und umwelttechnischen Berufen entgegenzusteuern.

Die Anfrage plus Antwort auf einen Klick: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/290/290493.kleine_anfrage_programm_bremer_fachkraef.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher
klaus.moehle@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-248)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.